



Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Düsseldorf

Herausgeber: Bezirksregierung Düsseldorf

199. Jahrgang

Düsseldorf, den 02. Februar 2017

Nummer 5

INHALTSVERZEICHNIS

<p>B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung</p> <p>42 Satzungsänderung des Zweckverbandes Bioabfallverband Niederrhein (BAVN) S. 37</p> <p>C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen</p>	<p>43 Wirtschaftsplan und Bekanntmachung des Wirtschaftsplans der IT-Kooperation Rheinland für das Wirtschaftsjahr 2017 S. 45</p> <p>44 Bekanntmachung der Sondersitzung des Regionalverbandes Ruhr S. 46</p>
--	---

B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

42 Satzungsänderung des Zweckverbandes Bioabfallverband Niederrhein (BAVN)

Bezirksregierung
31.01.01-ZV-BAVN-132

Düsseldorf, den 24. Januar 2017

Hiermit mache ich gemäß § 20 Abs. 4 in Verbindung mit § 11 Abs. 1 S. 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV.NRW.S.621/SGV.NRW.202), in der zur Zeit geltenden Fassung, die von der Versammlung des Zweckverbandes Bioabfallverband Niederrhein (BAVN) beschlossene Änderungssatzung vom 21.12.2016 zur Satzung des Zweckverbandes Bioabfallverband Niederrhein (BAVN) bekannt.

Satzung Bioabfallverband Niederrhein (BAVN)

Gemäß der §§ 5 Abs. 7, 6 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesabfallgesetz – LAbfG -) vom 21. Juni 1988 (GV NRW S. 250/SGV NRW 74), der §§ 4, 7 und 9 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit

(GkG NRW) Nordrhein-Westfalen vom 1. Oktober 1979 (GV NRW S. 621/SGV NRW 202), jeweils in der jeweils geltenden Fassung, haben der Kreis Viersen und der Kreis Wesel für die Bildung eines Zweckverbandes zur langfristigen Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Abfallwirtschaft und der Entsorgung überlassungspflichtiger Bioabfälle im Gebiet der beteiligten Kreise folgende Zweckverbandssatzung vereinbart.

Präambel

- (1) Der Kreis Viersen und der Kreis Wesel sind als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger gemäß §§ 17 Abs. 1, 20 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212) i. V. m. § 5 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesabfallgesetz – LAbfG -) vom 21. Juni 1988 (GV NRW S. 250/SGV NRW 74), jeweils in der jeweils geltenden Fassung, zur Entsorgung von Abfällen aus privaten Haushalten sowie von Abfällen zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen gesetzlich verpflichtet.
- (2) Zur Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit und zur langfristigen Gewährleistung der Entsorgungssicherheit in den Gebieten der beteiligten öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger wird ein kommunaler Anlagen- und Entsorgungverbund geschaffen. Langfristig wird eine umfassende interkommunale Kooperation auf dem Gebiet

der kommunalen Abfallwirtschaft, die sich auf die gesamte Region bezieht, angestrebt. Es handelt sich somit um eine stufenweise Rückführung der Erfüllung hoheitlicher Entsorgungsaufgaben in den kommunalen Bereich im Wege der Eigenwahrnehmung. Mit dem Konzept der interkommunalen Zusammenarbeit werden die landespolitischen Vorgaben und Empfehlungen gemäß Abfallwirtschaftsplan Nordrhein-Westfalen, Teilplan Siedlungsabfälle (Stand: 26.04.2016) umgesetzt.

- (3) Zum Zweck der gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben der Abfallwirtschaft wird der Bioabfallverband Niederrhein (BAVN) gegründet.
- (4) Ziel der kommunalen Kooperation ist neben der Gewährleistung der Entsorgungssicherheit die Sicherung der Auslastung der vorhandenen und geplanten Abfallverwertungs- und -beseitigungsanlagen durch die Bündelung von Abfällen aus dem Kooperationsgebiet. Dabei soll auf lokale Bedürfnisse Rücksicht genommen werden können.
- (5) Zur Umsetzung der gemeinsamen im öffentlichen Interesse liegenden und gesetzlich zugewiesenen Aufgaben als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger wird daher eine langfristige interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Bioabfallbehandlung eingegangen.
- (6) Dabei sollen Bioabfälle aus den Gebieten der Verbandsmitglieder am Standort Asdonkshof in einer zu errichtenden Bioabfallbehandlungsanlage gemeinsam behandelt werden.

Unter der Nutzung der vorhandenen Standort-synergien sollen an Gemeinwohlbelangen orientierte Entgelte erreicht werden. Der Verband ist dabei nicht auf die Erzielung von Gewinnen ausgerichtet. Seine Entgeltkalkulation soll einheitlich, nachvollziehbar und transparent erfolgen.

Damit erfolgt eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung der beteiligten öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger auf dem Gebiet der kommunalen Abfallwirtschaft als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse auf der Grundlage eines kooperativen Konzeptes durch einen Zweckverband nach den landesrechtlichen Bestimmungen über die kommunale Zusammenarbeit.

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Beteiligten Folgendes:

§ 1 – Verbandsmitglieder

- (1) Verbandsmitglieder sind die Kreise Viersen

und Wesel.

- (2) Dem Verband können weitere Mitglieder beitreten. Der Beitritt weiterer Mitglieder bedarf der Zustimmung aller Verbandsmitglieder.

§ 2 - Name und Sitz des Zweckverbandes

- (1) Der Zweckverband führt den Namen „Bioabfallverband Niederrhein (BAVN)".
- (2) Sitz des Zweckverbandes ist Viersen.
- (3) „BAVN“ ist ein Abfallentsorgungsverband im Sinne des § 6 Abs. 1 LAbfG NRW und ein Zweckverband nach dem GkG NRW. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts gemäß § 5 Abs. 1 GkG NRW.

§ 3 – Zweckverbandsgebiet

Das Zweckverbandsgebiet umfasst das Gebiet der Mitglieder.

§ 4 - Stellung und Aufgaben des Zweckverbandes

- (1) Aufgabe des Zweckverbandes ist es insbesondere, die den Verbandsmitgliedern als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger nach den Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und der landesabfallrechtlichen Regelungen in NRW zugewiesenen Aufgaben, die im Einzelnen in Abs. 2 aufgeführt werden, in eigener Zuständigkeit wahrzunehmen.
- (2) Der Zweckverband übernimmt von den Zweckverbandsmitgliedern folgende Aufgaben:
 - a) Der Zweckverband erfüllt an Stelle seiner Mitglieder die Aufgaben der Entsorgung der im Verbandsgebiet (§ 3) angefallenen und zu überlassenden Bioabfälle i. S. d. § 3 Abs. 7 KrWG aus privaten Haushaltungen gem. §§ 17 Abs. 1, 20 Abs. 1 i. V. m. § 5 LAbfG NRW, jeweils in der jeweils geltenden Fassung, soweit diese nach der jeweiligen Abfallsatzung der Verbandsmitglieder über die zur Verfügung gestellten Bioabfallbehälter (braune Tonne) bereit-zustellen sind.

Hierzu gehören alle Tätigkeiten und Anforderungen, die für eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung im Sinne der §§ 20 Abs. 1, 6 ff. KrWG erforderlich sind sowie notwendigen technischen Einrichtungen. Von der Übertragung nicht umfasst sind die

Aufgaben der Einsammlung und Beförderung der im Gebiet der kreisangehörigen Gemeinden anfallenden und ihnen zu überlassenden Abfälle gem. § 5 Abs. 6 LAbfG NRW sowie der Betrieb der Umladestationen.

Der Aufgabenübergang nach S. 1 tritt für beide Verbandsmitglieder jeweils zum 01. Januar 2021 um 0.00 Uhr in Kraft. Soweit der Aufgabenübergang für ein Verbandsmitglied oder insgesamt vor dem in S. 4 bestimmten Zeitpunkt eintreten soll, findet der Aufgabenübergang zu dem neu bestimmten Zeitpunkt entsprechend früher statt. Der Zeitpunkt gem. S. 5 bedarf einer Beschlussfassung der Verbandsversammlung und wird von der Bezirksregierung Düsseldorf im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf bekannt gemacht.

- b) Die einzelnen Abfallfraktionen, die von der Aufgabenübertragung erfasst werden, entsprechen dem Abfallschlüssel 20 03 01-10 (gemischte Siedlungsabfälle – Biotonne) der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfall-Verzeichnis-Verordnung – AVV), verkündet als Art. 1 VO zur Umsetzung des Europäischen Abfallverzeichnisses vom 10. Dezember 2001 (BGBl I S. 3379), in der jeweils geltenden Fassung.
- (3) Der Zweckverband plant, errichtet und betreibt die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Einrichtungen und passt diese dem Bedarf an. Dies gilt insbesondere für die Einrichtung der Bioabfallbehandlungsanlage.
- (4) Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann der Zweckverband juristische Personen gründen oder sich an diesen beteiligen, deren Aufgabe die Errichtung und/oder der Betrieb von öffentlichen Abfallentsorgungsanlagen ist. Der Verband darf sich zur Erfüllung seiner Aufgaben in entsprechender Anwendung der §§ 107 ff. GO NRW nicht-wirtschaftlich und wirtschaftlich betätigen und dabei gemäß § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen.
- (5) Die Gebührenerhebung nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712/SGV NRW 610) in der jeweils geltenden Fassung erfolgt weiterhin durch die Verbandsmitglieder.

(6) Der Zweckverband ist öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, soweit ihm die Aufgaben von den Verbandsmitgliedern übertragen wurden. Der Zweckverband nimmt im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers gemäß §§ 17 Abs. 1, 20 Abs. 1 KrWG, §§ 5, 6 LAbfG NRW im übertragenen Aufgabenbereich wahr. Soweit die Aufgaben von den Verbandsmitgliedern auf den Zweckverband übertragen werden, geht die Abfallentsorgung in dem in Abs. 2 genannten Umfang mit befreiender Wirkung gemäß § 6 Abs. 1 GkG auf den Zweckverband über. Der Zweckverband ist hinsichtlich dieser übertragenen Aufgaben gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 GkG NRW allein verantwortlich.

(7) Um die Entsorgungssicherheit entsprechend der nach Abs. 2 übernommenen Aufgaben als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger sicherzustellen, kann der Zweckverband von den Verbandsmitgliedern Beteiligungen an deren Unternehmen, die den gleichen Aufgaben dienen wie der Zweckverband, übernehmen. Die Mitglieder des Zweckverbandes sind verpflichtet, dem Zweckverband eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung einzuräumen.

Die Übernahme der Beteiligungen an den Unternehmen der Verbandsmitglieder durch den Zweckverband wird gesondert geregelt. Als Ausgleich für die Übernahme ist zwischen dem Zweckverband und dem jeweiligen Verbandsmitglied eine gesonderte Regelung gemäß § 12 GkG NRW abzuschließen.

(8) Der Zweckverband nutzt zur Erfüllung der ihm nach dieser Satzung übertragenen Aufgaben die eigenen Anlagen und öffentlichen Einrichtungen sowie die Anlagen und öffentlichen Einrichtungen seiner Mitglieder gegen Kostenerstattung, die nach kommunalabgabenrechtlichen Grundsätzen zu ermitteln ist. Die Mitglieder sind verpflichtet, dem Zweckverband nach Maßgabe gesonderter Vereinbarungen ein Nutzungsrecht einzuräumen. Die Anlagen und öffentlichen Einrichtungen im Sinne von S. 1 ergeben sich abschließend aus Anlage 1 zu dieser Satzung. Die Anlage ist Bestandteil der Satzung.

(9) Der Zweckverband kann zur Durchführung seiner Aufgaben die erforderlichen Satzungen gemäß § 8 Abs. 4 GkG NRW erlassen. Absatz 5 der Satzung bleibt unberührt.

§ 5 - Durchführung der Aufgaben, interkommunale Zusammenarbeit

(1) Der Zweckverband ist nach wirtschaftlichen

Gesichtspunkten zu führen; er erstrebt keinen Gewinn. Der Verband wird nur im gemeinsamen öffentlichen Interesse der Verbandsmitglieder tätig.

- (2) Er kann sich der Formen der interkommunalen Zusammenarbeit im Sinne des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW bedienen. Die Vorschriften des § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. dem 11. Teils der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW Nr. 2023), in der jeweils geltenden Fassung (wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung), bleiben unberührt.

§ 6 - Organe des Zweckverbandes

- (1) Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung und der/die Verbandsvorsteher/in.
- (2) Die Verbandsversammlung kann Beiräte nach Maßgabe des § 11 dieser Satzung bilden.

§ 7 - Zusammensetzung und Zuständigkeit der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung besteht aus acht stimmberechtigten Vertreterinnen oder Vertretern je Zweckverbandsmitglied, zu denen auch die gesetzlichen Vertreter/innen gemäß § 16 Abs. 1 Satz 1 GkG NRW zählen. Jedes Mitglied eines Zweckverbandes hat insgesamt eine Stimme. Hinsichtlich der Stimmbildung der Zweckverbandsmitglieder gilt § 8 Abs. 5. Im Übrigen gelten ergänzend die Regelungen des GkG NRW.

Jede/r Vertreter/in eines Zweckverbandsmitglieds ist berechtigt zur Stimmabgabe gemäß § 8 Abs. 5 S. 2. Durch diese Stimmabgabe wird die Stimme des Zweckverbandsmitglieds nach S. 2 gebildet, die maßgebend für die Beschlussfassung nach § 8 Abs. 5 bis 7 ist.

Jeweils sieben Vertreter/innen werden von der Vertretungskörperschaft des jeweiligen Zweckverbandsmitgliedes für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften des Verbandsmitgliedes in die Verbandsversammlung entsandt. Für jede/n Vertreter/in wird für den Fall der Verhinderung jeweils eine Stellvertretung bestellt.

Weitere/r Vertreter/in ist jeweils der/die gesetzliche Vertreter/in des Zweckverbandsmitgliedes oder ein/e von diesem/r vorgeschlagene/r Beamter/Beamtin oder Beschäftigte/r des Zweckverbandmitgliedes. Für diese Vertreter/innen werden für den Fall der Verhinderung

jeweils eine erste und zweite Stellvertretung bestellt.

Soweit das Stimmrecht des/r gesetzlichen Vertreter(s)/in in entsprechender Anwendung des § 25 Abs. 2 S. 4 KrO NRW ausgeschlossen ist, wird das Stimmrecht von seinem/ihrer nächst folgendem Stellvertreter/in ausgeübt.

- (2) Die Vertreter/innen üben ihr Amt nach Ablauf der Zeit, für die sie bestellt wurden, bis zum Amtsantritt der neu bestellten Vertreter/innen weiter aus. Die Mitgliedschaft eines Vertreters/einer Vertreterin in der Verbandsversammlung erlischt, wenn die Voraussetzungen seiner/ihrer Wahl oder Entsendung wegfallen.
- (3) Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte eine/n Vertreter/in eines Kreises gemäß Abs. 1 Satz 7 zum/r Vorsitzenden. In gleicher Weise wählt sie eine Stellvertretung des/r Vorsitzenden. Die Wahlzeit beträgt jeweils längstens 2,5 Jahre.
- (4) Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit nicht aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund dieser Satzung die Zuständigkeit des/der Verbandsvorsteher(s)/in begründet ist. Die Verbandsversammlung beschließt insbesondere über:
- a) die Satzungen des Zweckverbandes sowie deren Änderung oder Aufhebung und über die Änderung der Aufgaben des Zweckverbandes,
 - b) den Beitritt und das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern,
 - c) die Wahl und Abberufung des/der Verbandsvorsteher(s)/in bzw. seiner/ihrer Stellvertretung sowie der Geschäftsleitung,
 - d) die Bildung und Zusammensetzung von Beiräten,
 - e) den Abschluss öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen (§ 1 Abs. 2 GkG NRW),
 - f) den Erwerb, die Übertragung und die Veräußerung von Anteilen an einer juristischen Person oder Personengesellschaft,
 - g)
 - i. die Gründung von Gesellschaften sowie damit ggf. einhergehende Investitionsmaßnahmen (z. B. Planungs-, Bau-, und Inbetriebnahmeleistungen); entsprechendes gilt für Mitgliedschaften in Zweckverbänden oder anderen juristischen

Personen öffentlichen Rechts,

- ii. die Benennung von Vertretern/innen des Verbandes in Gremien von Gesellschaften, an denen der Verband unmittelbar beteiligt ist, sowie für mittelbare Beteiligungen, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden,
- h) den Abschluss von Pacht-, Leasing- und Mietverträgen, sofern ihre Laufzeit fünf Jahre übersteigt oder aus dem jeweiligen Einzelvertrag in Summe über die Laufzeit eine Belastung in Höhe von mehr als 100.000 EUR entsteht,
- i) die Aufnahme von Krediten sowie die Bestellung von Sicherheiten,
- j) die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährsverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie den Abschluss von Rechtsgeschäften, die dem wirtschaftlich gleichkommen,
- k) die Vornahme von notariell beurkundungsbedürftigen Grundstücksgeschäften,
- l) die Einleitung und Beendigung von Rechtsstreitigkeiten,
- m) den Abschluss von Vergleichen und den Erlass von Forderungen,
- n) die Auftragsvergabe bei Bau- und Lieferaufträgen sowie Dienstleistungsverträgen,
- o) den Erlass der Haushaltssatzung - einschließlich eventueller Nachtragsatzungen - und des Stellenplans,
- p) die Zustimmung zu überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie zu überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen, soweit der in der Haushaltssatzung vorgesehene Ansatz um 15 % oder mehr überschritten wird,
- q) die Zustimmung zu außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie zu außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen, soweit ein Betrag von 10.000,00 € überschritten wird,
- r) die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung des/der Vorstandsvorsteher(s)/in,

- s) die Auflösung des Zweckverbandes,
- t) die Errichtung und Inbetriebnahme von Anlagen,
- u) die Benennung von Rechtsbeiständen sowie des/der Wirtschaftsprüfer(s)/in, dem/der auch die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) obliegt,
- v) die Abstimmung von Vertretern/innen des Zweckverbandes in Gesellschafterversammlungen von Gesellschaften, an denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, welche sich nach den §§ 108-113 GO NRW richtet, insbesondere über
 - i. die Feststellung des Wirtschaftsplans einschließlich der Stellenübersicht und der fünfjährigen Finanzplanung sowie etwaiger Nachträge,
 - ii. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Gewinnverwendung, die Art und Weise eines etwaigen Verlustausgleiches,
 - iii. Änderungen des Gesellschaftsvertrages
 - iv. die Auflösung der Gesellschaft und
 - v. die Aufnahme von Krediten.

Die Verbandsversammlung wird den Vertretern/innen zum Abstimmungsverhalten in der Gesellschafterversammlung nach Maßgabe des § 15 Abs. 1 GkG NRW sowie entsprechend § 113 Abs. 1 und 2 GO NRW Weisungen erteilen.

Die Zuständigkeit der Verbandsversammlung für die unter i), j), k), l), m), n), u) und v)v. genannten Rechtsgeschäfte ist nur bei Überschreitung einer Wertgrenze von 50.000,00 € im Einzelfall gegeben, soweit diese Rechtsgeschäfte nicht bereits in der Haushaltssatzung enthalten sind.

- (5) Die Verbandsversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 8 - Sitzungen und Beschlussfassung der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung ist mindestens zweimal im Jahr einzuberufen. Sie ist unverzüglich einzuberufen, wenn ein Zweckverbandsmitglied dies unter Angabe der zur Beratung zu stellenden Gegenstände

verlangt. Die Verbandsversammlung wird durch den/die Vorsitzende/n der Verbandsversammlung im Einvernehmen mit dem/der Verbandsvorsteher/in einberufen.

Zur ersten Sitzung der Verbandsversammlung laden als gesetzliche Vertreter der Zweckverbandsmitglieder die Landräte des Kreises Viersen und des Kreises Wesel oder die entsprechend der Regelung des § 7 Abs. 1 von dem gesetzlichen Vertreter/ der gesetzlichen Vertreterin des jeweiligen Zweckverbandsmitgliedes benannten Vertreter/innen spätestens acht Wochen nach Inkrafttreten des Zweckverbandes gemeinsam ein.

- (2) Ort, Zeit und Tagesordnung der Sitzungen der Verbandsversammlung sind mindestens 10, frühestens jedoch 21 Tage vor der Sitzung im jeweiligen Amtsblatt der Mitglieder öffentlich bekannt zu machen. Bei der Berechnung der Frist ist der Sitzungstag nicht zu berücksichtigen. In dringenden Fällen kann die Frist auf 5 Tage verkürzt werden.
- (3) Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich, soweit durch Gesetz oder die Geschäftsordnung nach § 7 Abs. 5 nichts anderes bestimmt ist. § 33 KrO NRW gilt entsprechend.
- (4) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der satzungsgemäßen stimmberechtigten Mitgliederzahl (§ 7 Abs. 1) anwesend sind. Im Übrigen gelten die Regelungen des § 34 KrO NRW entsprechend.
- (5) Beschlüsse der Verbandsversammlung werden, soweit gesetzlich oder in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, mit Stimmenmehrheit der von den Zweckverbandsmitgliedern abgegebenen Stimmen gefasst. Die Stimme eines Zweckverbandsmitgliedes wird durch die Mehrheit der Stimmen seiner Vertreter/innen in der Verbandsversammlung gebildet (§ 7 Abs. 1). Bei Stimmengleichheit der Stimmen der Verbandsmitglieder gilt der Beschlussvorschlag oder der Antrag als abgelehnt. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung nach § 7 Abs. 5. Das Verfahren zur Stimmbildung des Zweckverbandsmitgliedes gemäß Satz 2 bis 4 gilt auch für Beschlussfassungen nach Abs. 6 und Abs. 7.
- (6) Beschlüsse über die Steuerung der Stoffströme bedürfen der Mehrheit von drei Vierteln der von den Zweckverbandsmitgliedern abgegebenen Stimmen. Beschlüsse, die nur ein einzelnes Zweckverbandsmitglied betreffen, können nicht gegen die Stimme des betroffenen Zweckverbandsmitgliedes gefasst werden (Vetorecht).

(7) Beschlüsse zur Wahl des/der Vorsitzenden der Verbandsversammlung und seiner/ihrer Stellvertretung (§ 7 Abs. 3) müssen mit einer Mehrheit von drei Vierteln der von den Zweckverbandsmitgliedern abgegebenen Stimmen gefasst werden. Beschlüsse zum Beitritt eines weiteren Zweckverbandsmitgliedes oder zur Auflösung des Verbandes sowie Beschlüsse zur Änderung der Aufgaben des Zweckverbandes (vgl. § 7 Abs. 4 lit. a)) sowie sonstige Grundsatzbeschlüsse i. S. v. § 7 Abs. 4 f), g), r), s), t), v) ii. und v) iv. müssen einstimmig gefasst werden. Im Übrigen gelten für das Verfahren die Regelungen des § 35 KrO NRW entsprechend.

(8) In Angelegenheiten, für die die Verbandsversammlung zuständig ist, entscheidet, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet, der/die Vorsitzende der Verbandsversammlung gemeinsam mit einem/r Vertreter/in eines anderen Mitgliedes der Verbandsversammlung. Diese Entscheidungen sind der Verbandsversammlung in deren nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen. Die Verbandsversammlung kann die Entscheidung aufheben, soweit nicht schon durch die Ausführung der Beschlüsse Rechte anderer entstanden sind.

§ 9 - Verdienstaufschlag und Aufwandsentschädigung

- (1) Die Vertreter/innen in der Verbandsversammlung und der/die Verbandsvorsteher/in sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten gem. § 17 Abs. 1 GkG NRW einen angemessenen Ersatz ihrer Auslagen und des Verdienstaufschlags in entsprechender Anwendung von § 30 KrO NRW, jeweils in der geltenden Fassung.
- (2) Einzelheiten werden in der Geschäftsordnung geregelt.

§ 10 – Verbandsvorsteher/in

- (1) Der/Die Verbandsvorsteher/in und seine/ihre Vertretung werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der gesetzlichen Vertreter/innen der den Zweckverband angehörenden Gemeinden und Gemeindeverbände gewählt. Sie sind ehrenamtlich tätig.
- (2) Der/Die Verbandsvorsteher/in und seine/ihre Vertretung werden auf die Dauer von 2,5 Jahren von der Verbandsversammlung gewählt, längstens aber für die Dauer des Hauptamtes. Eine Wiederwahl ist zulässig.
- (3) Dem/Der Verbandsvorsteher/in obliegt die Geschäftsführung sowie die übrige Verwaltung des Zweckverbandes nach

Maßgabe der Gesetze, der Zweckverbandsatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er/Sie hat die Beschlüsse der Verbandsversammlung vorzubereiten und auszuführen.

- (4) Zur Erfüllung dieser Aufgabe kann sich der/die Verbandsvorsteher/in eines/r oder mehrerer Geschäftsführer/innen (Geschäftsleitung) bedienen. Die Geschäftsführung ist gegenüber dem/der Verbandsvorsteher/in für die Erfüllung der Aufgaben verantwortlich. Sie wird von der Verbandsversammlung für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist zulässig. Einzelheiten regelt eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.
- (5) Der/Die Verbandsvorsteher/in vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Bei unmittelbaren Beteiligungen des Zweckverbandes an Gesellschaften vertritt ein/e von der Verbandsversammlung bestellte/r Vertreter/in den Verband in der jeweiligen Gesellschafterversammlung. Sofern weitere Vertreter/innen zu benennen sind, muss der/die Verbandsvorsteher/in oder der/die von ihm /ihr vorgeschlagene Vertreter/in dazu zählen.
- (6) Der/Die Verbandsvorsteher/in ist Dienstvorsetzte/r des Personals (§ 16 Abs. 2 Satz 2 GKG NRW).
- (7) Erklärungen, durch die der Zweckverband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind vom Verbandsvorsteher/von der Verbandsvorsteherin gemeinsam mit seinem/ihrer Vertreter/in zu unterzeichnen. Im Übrigen gilt § 43 Abs. 2 bis 4 KrO NRW entsprechend.

§ 11 – Beiräte

- (1) Die Verbandsversammlung kann Beiräte bilden. Die Beiräte beraten und unterstützen den Zweckverband bei der Erfüllung seiner Aufgaben.
- (2) Mitglieder der Beiräte können neben Vertretern/innen der Verbandsmitglieder und Vertretern/innen der operativ tätigen kommunalen Unternehmen der Zweckverbandsmitglieder sein. Darüber hinaus können Vertreter/innen von Institutionen und Verbänden Mitglied in den Beiräten werden, die selbst nicht dem Zweckverband angehören. Die Mitglieder der Beiräte werden auf Vorschlag der Verbandsmitglieder von der Verbandsversammlung gewählt. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung nach § 7 Abs. 5.

12 – Geschäftsstelle

Zum Zwecke der Wahrnehmung seiner Aufgaben kann der Zweckverband eine eigene Geschäftsstelle einrichten. Die Geschäftsstelle wird vom Verbandsvorsteher/ von der Verbandsvorsteherin geleitet.

§ 13 – Personal

- (1) Der Zweckverband hat gemäß § 17 Abs. 2 S. 1 GkG NRW das Recht, Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte hauptamtlich oder nebenamtlich einzustellen.
- (2) Die hauptamtlichen Bediensteten des Zweckverbandes sind im Falle seiner Auflösung oder einer Änderung der Zweckverbandsaufgaben, soweit die Dienst- bzw. Beschäftigungsverhältnisse nicht aufgelöst werden, von den Verbandsmitgliedern anteilig zu übernehmen. Die Regelung, von welchen Verbandsmitgliedern die einzelnen Bediensteten zu übernehmen sind, erfolgt spätestens gleichzeitig mit dem Beschluss über die Auflösung oder Aufgabenänderung des Zweckverbandes. § 128 des Rahmengesetzes zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts (Beamtenrechtsrahmengesetz – BRRG) vom 1. Juli 1957 (BGBl. I S. 667), neugefasst durch Bekanntmachung vom 31. März 1999 (BGBl. I S. 654), in der jeweils geltenden Fassung, ist zu beachten. Bei der Regelung ist das Verhältnis der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner aller Verbandsmitglieder zu Grunde zu legen, soweit nicht die Verbandsmitglieder einvernehmlich etwas anderes bestimmen. Maßgeblich ist die vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW, Düsseldorf. Im Falle der Auflösung des Zweckverbandes wird die Auflösung nicht vor Abschluss der Regelung wirksam. Die Regelung erfolgt in Form eines Beschlusses der Verbandsversammlung gemäß § 7 Abs. 3 lit. s). Der Beschluss kann nur einstimmig gefasst werden.

§ 14 – Verbandsumlage

- (1) Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Erträge die entstehenden Aufwendungen nicht decken. Die Umlage wird nach dem Verhältnis des Nutzens bemessen, den die einzelnen Verbandsmitglieder aus der Erfüllung der Aufgaben des Zweckverbandes haben. Die Umlage ist für jedes Haushaltsjahr in der Haushaltssatzung auf vorkalkulatorischer Basis neu festzusetzen. Eine Spitzabrechnung erfolgt im Folgejahr. Die Umlage besteht aus den Verwaltungskosten, Planungs-, Baukosten und den Kosten

aus Folgeinvestitionen sowie aus den konkreten Kosten, die aus der Erfüllung der dem Zweckverband übertragenen Aufgaben (Behandlungskosten) für das jeweilige Verbandsmitglied resultieren.

- (2) Die Berechnung der Umlage erfolgt unter Beachtung der Anforderungen des Kommunalabgabengesetzes (KAG NRW), in der jeweils geltenden Fassung. Zur Berechnung der Umlage gelten die in den Absätzen 3 bis 5 festgelegten Grundsätze.
- (3) Maßstab für die Berechnung der Umlage hinsichtlich der Planungs- und Baukosten sowie der Kosten aus Folgeinvestitionen (Vorhaltekosten) ist die der Errichtung der Anlage zugrunde gelegte Planungsmenge für Bioabfälle i. S. d. § 4 Abs. 2 lit. b) des einzelnen Mitglieds in Tonnen pro Jahr.
- (4) Maßstab für die Berechnung der Umlage hinsichtlich der Verwaltungskosten sowie der konkreten Kosten, die aus der Erfüllung der dem Zweckverband übertragenen Aufgaben (Behandlungskosten) resultieren, ist die aus dem jeweiligen Gebiet eines Zweckverbandsmitgliedes angelieferte Bioabfallmenge i. S. d. § 4 Abs. 2 lit. b) in Tonnen aus dem letzten Kalenderjahr vor dem jeweiligen Haushaltsjahr.
- (5) Die Umlage erfolgt ausschließlich zur Deckung der Kosten (vgl. Abs. 1 S. 2) der dem Zweckverband nach § 4 übertragenen hoheitlichen Aufgaben als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger.
- (6) Der Zweckverband kann Kredite aufnehmen.

§ 15 - Wirtschaftsführung und Rechnungswesen

Für die Haushaltswirtschaft des Zweckverbandes finden die Vorschriften für die Gemeinden sinngemäß Anwendung mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung der Satzung und des Jahresabschlusses sowie über die örtliche Rechnungsprüfung und den Gesamtabschluss (§ 18 Abs. 1 GkG NRW).

§ 16 – Rechnungsprüfung

- (1) Der Zweckverband bedient sich zur Durchführung seiner Prüfungsaufgaben eines/r unabhängigen Wirtschaftsprüfer(s)/in. Die Festlegung auf eine/n Wirtschaftsprüfer/in erfolgt durch die Verbandsversammlung, vgl. § 7 Abs. 4 lit. u).
- (2) Der Zweckverband kann weitergehende Prüfaufträge bei den Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder stellen oder

diese an unabhängige Wirtschaftsprüfer/innen erteilen.

- (3) Die Rechnungsprüfungsämter der am Zweckverband beteiligten Gebietskörperschaften sind berechtigt, Prüfungen aller Art aufgrund eines Auftrages durch den jeweiligen Kreistag, den Rechnungsprüfungsausschuss oder den Landrat/ die Landrätin vorzunehmen. In diesem Zusammenhang sind sie befugt, Bücher, Belege sowie alle sonstigen Geschäftsunterlagen des Zweckverbandes einzusehen bzw. diese anzufordern. Von Seiten des Zweckverbandes sind ihnen dabei alle für die Prüfung notwendigen Auskünfte und Informationen zu geben sowie der Zugang zu allen EDV-Systemen (Hard- und Software) – gegebenenfalls mit der Aktivierung spezieller Programmfunktionen – und der Zugriff auf alle digitalen Datenbestände oder sonstigen Informationsträger in Schrift, Bild oder Ton zu ermöglichen.
- (4) Die überörtliche Prüfung ist Aufgabe der zuständigen Gemeindeprüfungsanstalt.

§ 17 - Haftungsausschluss für Verpflichtungen vor Zweckverbandsgründung

Die Verbandsmitglieder stellen den Zweckverband von Ansprüchen, die in ihrer jeweiligen ausschließlichen Verantwortung vor der Zweckverbandsgründung oder dem Beitritt dem Grunde nach entstanden sind, frei.

§ 18 - Aufnahme neuer Verbandsmitglieder, Ausscheiden von Verbandsmitgliedern

- (1) Dem Zweckverband können weitere Verbandsmitglieder beitreten. Dazu bedarf es einer Änderung der Zweckverbandssatzung.
- (2) Der einseitige Austritt eines Mitgliedes aus dem Zweckverband ist im Zeitraum zwischen Gründung (Tag der Veröffentlichung dieser Satzung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf) und dem Zeitpunkt der Entscheidung der Verbandsversammlung über die Errichtung der eigenen Anlagen (§ 4 Abs. 3) nach § 7 Abs. 4 lit. t) unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Monaten zum Ende des Kalenderjahres möglich. Im Übrigen ist ein Austritt frühestens nach 25 Mitgliedsjahren unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 24 Monaten zum Ende des Kalenderjahres möglich. Die Kündigung hat per Einschreiben zu erfolgen. Auch bei Austritt eines Zweckverbandsmitgliedes bedarf es einer Änderung der Zweckverbandssatzung.
- (3) Ein ausgeschiedenes Verbandsmitglied haftet auch nach seinem Austritt für

Verbindlichkeiten des Zweckverbandes, die während seiner Mitgliedschaft entstanden sind, soweit keine anderweitige Vereinbarung getroffen wurde. In einer derartigen Vereinbarung ist eine Einigung über die mit der Kündigung verbundenen Rechte und Verbindlichkeiten des ausscheidenden Mitgliedes und des Zweckverbandes zu treffen, die einen angemessenen Ausgleich zwischen den Interessen der verbleibenden Mitglieder und den Interessen des ausscheidenden Mitglieds gewährleistet.

- (4) Sonstige Einzelheiten zum Ausgleich von Vorteilen und Nachteilen, die sich für die Verbandsmitglieder aus der Bildung des Zweckverbandes ergeben, bleiben schriftlichen Vereinbarungen gem. § 12 GkG NRW vorbehalten.

§ 19 - Auflösung des Zweckverbandes

- (1) Die Auflösung des Zweckverbandes kann nur einstimmig beschlossen werden.
- (2) Bei der Auflösung des Verbandes haben die Verbandsmitglieder eine Auseinandersetzungsvereinbarung zu treffen. Bis zur endgültigen Vereinbarung kann der Verband nicht aufgelöst werden.
- (3) Unbeschadet des Absatzes 2 tragen die Mitglieder im Falle der Auflösung des Zweckverbandes die Verbindlichkeiten im Verhältnis des Nutzens entsprechend § 14 Abs. 3.

§ 20 - Aufsichtsbehörde, öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bezirksregierung Düsseldorf.
- (2) Die Zweckverbandssatzung und ihre Änderungen werden von der Aufsichtsbehörde im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf bekannt gemacht.
- (3) Die Zweckverbandsmitglieder weisen in der für ihre Bekanntmachungen vorgeschriebenen Form auf die Veröffentlichung gem. Abs. 2 der Satzung hin.
- (4) Alle anderen Satzungen, ortsrechtlichen Bestimmungen und sonstigen Bekanntmachungen werden in den Amtsblättern der Verbandsmitglieder bekannt gemacht.

§ 21 – Übergangsregelung

- (1) Bis zum Aufgabenübergang i. S. d. § 4 Abs. 2 lit. a) S. 4 bis 6 verbleiben die Abfall-

entsorgungspflichtigen bei den beteiligten Gebietskörperschaften.

- (2) Mit Gründung am Tage nach der Veröffentlichung dieser Satzung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf führt der Zweckverband die Aufgaben i. S. d. § 4 Abs. 3 durch. § 4 Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 22 – Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf in Kraft.

i.A.
(Buschwa)

Abl. Bez. Reg. Ddf 2017 S. 37

C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

43 Wirtschaftsplan und Bekanntmachung des Wirtschaftsplans der IT-Kooperation Rheinland für das Wirtschaftsjahr 2017

1. Wirtschaftsplan

Nach § 18 Abs. 3 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1979 (GV. NRW. S. 621), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Februar 2015 (GV. NRW. S. 204), in Verbindung mit § 107 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2015 (GV. NRW. S. 496), sowie nach § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) vom 16. November 2004 (GV. NRW. S. 644, ber. 2005 S. 15) zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Juli 2016 (GV. NRW. S. 559), und §§ 5 Abs. 2, 12 Abs. 1 der Verbandssatzung des Zweckverbandes „IT-Kooperation Rheinland“ hat die Verbandsversammlung am 9. Dezember 2016 folgenden Wirtschaftsplan beschlossen:

§ 1

Für das Wirtschaftsjahr 2017 werden

im Erfolgsplan	die Erträge auf	42.897.400 Euro
	die Aufwendungen auf	42.897.400 Euro
im Vermögensplan	die Einzahlungen auf	4.769.500 Euro
	die Ausgaben auf	4.769.500 Euro

festgesetzt.

§ 2

Die im Erfolgsplan veranschlagten Einzelansätze sind gegenseitig deckungsfähig.

§ 3

Ein Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.800.000 Euro festgesetzt.

§ 4

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf 700.000 Euro festgesetzt.

§ 5

Eine Verbandsumlage wird nicht veranschlagt.

2. Bekanntmachung des Wirtschaftsplans

Der vorstehende Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2017 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht. Der Wirtschaftsplan ist gemäß § 18 GkG i.V.m. § 80 Abs. 5 GO der Bezirksregierung Düsseldorf als Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 12.12.2016 angezeigt worden.

Hinweis

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieses Wirtschaftsplans nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung oder Anzeige fehlt,
- b) dieser Wirtschaftsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Verbandsvorsteher hat den Verbandsversammlungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Zweckverband IT-Kooperation Rheinland vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Neuss, den 23. Januar 2017

Der Vorsitzende der Verbandsversammlung
Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat

Abl. Bez. Reg. Ddf 2017 S. 45

44 Bekanntmachung der Sondersitzung des Regionalverbandes Ruhr**Regionalverband Ruhr**

Die Sondersitzung der Verbandsversammlung findet am

**Freitag, 10. Februar 2017 – 10:00 Uhr –
Hendrik-Witte-Saal, ChorForum Essen
Fischerstr. 2-4, 45128 Essen**

statt.

Tagesordnung**Öffentlicher Teil****1. Angelegenheiten nach Landesplanungsgesetz**

- 1.1. Kunst- und Kulturförderung - Projektförderung im Rahmen der Regionalen Kulturpolitik hier: Beratung und Beschlussfassung 2017
- 1.2. Anfragen und Mitteilungen

2. Angelegenheiten nach RVR-Gesetz

- Wahl/Wiederwahl der Verbandsleitung
- 2.1 Wiederwahl Regionaldirektorin
- 2.2 Neuwahl Beigeordnete/r Bereich II und Allgemeine/r Vertreter/in der Regionaldirektorin
- 2.3 Wiederwahl Beigeordneter Bereich III
- 2.4 Neuwahl Beigeordnete/r Bereich IV – Umwelt
- 2.5 Anfragen und Mitteilungen

Essen, den 24. Januar 2017



Josef Hovenjürgen
Vorsitzender der Verbandsversammlung

Abl. Bez. Reg. Ddf 2017 S. 46

Amtsblatt
für den Regierungsbezirk Düsseldorf
Bezirksregierung Düsseldorf
40474 Düsseldorf



Veröffentlichungsersuche für das Amtsblatt und den Öffentlichen Anzeiger – Beilage zum Amtsblatt – sind nur an die Bezirksregierung – Amtsblattverwaltung – in 40474 Düsseldorf zu richten.
Das Amtsblatt mit dem Öffentlichen Anzeiger erscheint wöchentlich

Redaktionsschluss: Mittwoch der Vorwoche 10.00 Uhr.

Laufender Bezug nur im Abonnement. Bezugspreis jährlich 25,00 € zzgl. Versandkosten jährlich 51,00 €

Einrückungsgebühr für die zweispaltige Zeile oder deren Raum 1,00 €
Für das Belegblatt werden 1,00 € zzgl. 1,45 € Versandkosten erhoben.

Bezug von Einzellieferungen: 2,00 € zzgl. 1,45 € Versandkosten, werden zum Jahresende per Rechnung ausgewiesen.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Abonnementsbestellungen und -kündigungen wie folgt:
Zum 30.06. eines Jahres – Eingang bis 01.04.
Zum 31.12. eines Jahres – Eingang bis 01.10.

Bezug durch die Bezirksregierung Düsseldorf
Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf,
Auskunft unter Tel: 0211-475-2644
Email: amtsblatt@brd.nrw.de

Adressänderungen, Kündigungen etc. ausschließlich an die Bezirksregierung Düsseldorf
Druck, Vertrieb und Herausgeber: Bezirksregierung Düsseldorf